



Motion Nr. 462 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 1. Dezember 2008

Motion Cannabis-Tests in Luzern

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat einen Bericht und Antrag vorzulegen mit dem Inhalt, eine mobile oder stationäre Cannabis-Teststelle in Luzern einzurichten. Dort sollen KonsumentInnen ihr Cannabis auf Schadstoffe und den THC-Gehalt testen lassen und sich vor Ort über die Gefahren des Cannabis-Konsums informieren können.

Begründung:

Nach der Ablehnung der Hanf-Initiative durch den Souverän befindet sich die Schweizer Cannabis-Politik in einer unangenehmen Situation. Der Realität, dass jeder dritte Jugendliche bereits mindestens einmal Cannabis konsumiert hat und in urbanen Räumen bis zur Hälfte aller 16- bis 20-Jährigen regelmässig (mindestens einmal im Monat) Cannabis konsumieren, stehen nur ungenügende Präventionsmöglichkeiten gegenüber. Insbesondere sind die KonsumentInnen von Cannabis der zusätzlichen Gefahr durch Verunreinigungen z. B. durch Blei oder Rattengift ausgesetzt. Viele gerade junge Konsumierende sind sich auch der Risiken des Cannabis-Konsums nur ungenügend bewusst. Das Drogeninformationszentrum Zürich DIZ, welches von der Jugendberatung Streetwork betrieben wird, hat im September dieses Jahres einen Monat lang Cannabis auf Schadstoffe wie Blei getestet. Der Versuch ist noch nicht detailliert ausgewertet, die ersten Ergebnisse werden vom BAG und DIZ aber positiv bewertet. Auch in Luzern dürften verunreinigte Substanzen im Umlauf sein, ohne dass KonsumentInnen eine Chance haben, diese als solche zu erkennen. Dies zeigt, dass solche Tests unbedingt notwendig sind.

Die Ziele solcher Tests sind die folgenden:

- Schadensminderung und die Stärkung der Selbstverantwortung der KonsumentInnen
- Verhindern, dass verunreinigtes Cannabis oder solches mit zu hohem THC-Gehalt konsumiert wird
- Warnen, wenn verunreinigtes Cannabis im Umlauf ist

Zur Erreichung des ersten Zieles soll eine obligatorische Beratung zum eigenen Suchtmittelkonsum und die Abgabe von Safer-Use-Empfehlungen bei Bekanntgabe des Resultats Teil des Angebotes sein. Denn gerade junge KonsumentInnen sind zu wenig informiert über die gesundheitlichen Risiken des Cannabis-Konsums. Da der Konsum weiterhin illegal bleiben wird,

bestehen auch zu wenig Möglichkeiten, eine wirksame Präventionspolitik zu betreiben. Allenfalls soll es möglich sein, verunreinigtes Cannabis oder solches mit zu hohem THC-Gehalt vor Ort abzugeben oder zu vernichten.

David Roth
namens der SP-Fraktion